



BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:

Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29, 10178 Berlin

Briefadresse:

11054 Berlin

T +49 30 2033-1953

F +49 30 2033-1955

wrst.mail@arbeitgeber.de
www.wrst.de

ISBN 978-3-938349-52-6

**HANS-JÜRGEN PAPIER
KARL HOMANN**

FREIHEIT UND MORAL

HANS-JÜRGEN PAPIER / KARL HOMANN

FREIHEIT UND MORAL

**KLEINE REIHE HEFT 79
HERAUSGEGEBEN VON DER
WALTER-RAYMOND-STIFTUNG DER BDA**

Die Kleine Reihe erscheint im Verlag der



INHALT

Vorwort	5
Hans-Jürgen Papier Politisches Handeln im Spannungsfeld von Freiheit, Verantwortung und Gleichheit	7
Karl Homann Ethik, Vertrauen und die Ordnung der Wirtschaft	21
Die Autoren.	31
Die Walter-Raymond-Stiftung	33
Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung	34

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Hans-Jürgen Papier / Karl Homann Freiheit und Moral

Kleine Reihe Heft 79 / 1. Auflage 2009

Herausgeber: Walter-Raymond-Stiftung der BDA

Verlag: **GDA** | Gesellschaft für Marketing und Service der
Deutschen Arbeitgeber mbH
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.gda-online.de

Alle Rechte bei der Walter-Raymond-Stiftung

Gestaltung: Jürgens. Design + Kommunikation, Berlin

Printed in Germany

ISBN 978-3-938349-52-6

VORWORT

Als der US-amerikanischen Immobilienblase die Luft ausging, war die Lunte gelegt. Mit der Insolvenz der Investmentbank Lehmann Brothers am 15. September 2008 brach die schwelende Finanzmarktkrise offen aus. Rund um den Globus mussten die Regierungen milliardenschwere Rettungsschirme aufspannen, um im Interesse aller Bürger einen Kollaps des Bankensystems zu verhindern; denn ohne funktionierende Finanzmärkte wäre die ausdifferenzierte Arbeitsteilung innerhalb und zwischen den modernen Volkswirtschaften in einem nicht kalkulierbarem Umfang gefährdet gewesen.

Diese schwere Krise hat nicht nur eine Suche nach den tiefer liegenden Ursachen ausgelöst und dabei eine Vielzahl von Irrtümern und Fehleinschätzungen zu Tage gefördert. Wichtiger noch: Sie hat auch Fragen nach den Grundlagen und Werten einer freien Gesellschaft wieder deutlich in das öffentliche Bewusstsein gehoben.

Freiheit ist ohne Verantwortung nicht denkbar; Verantwortung braucht Maßstäbe und Regeln. In einer offenen Gesellschaft sind diese weder Gott gegeben noch beliebig. Vielmehr muss sich jede Generation ihrer im Spannungsfeld von Tradition und Fortschritt aufs Neue vergewissern. Das dialektische Spiel von Regeln und Freiheit, von Verantwortung und Moral verändert sich gerade in einer Welt, in der die Vernetzungen immer vielmaschiger, aber auch immer globaler werden.

Die nachfolgenden Beiträge von Hans-Jürgen Papier und Karl Homann liefern hierzu aktuelle und grundlegende Perspektiven. Damit geben sie wertvolle Anstöße und Maßstäbe für eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft, deren Markenzeichen die Ordnungspolitik, also die Ordnung der Märkte, von Anbeginn ist.

Bei den Texten handelt es sich um Vorträge, die auf dem 47. Kolloquium der Walter-Raymond-Stiftung mit dem Titel „Solide Staatsfinanzen – die Finanzmarktkrise, ihre Folgen und ihre Lehren“ am 22. und 23. März 2009 gehalten wurden.

Ottheinrich Freiherr v. Weitershausen

Berlin, im August 2009

HANS-JÜRGEN PAPIER¹

POLITISCHES HANDELN IM SPANNUNGSFELD VON FREIHEIT, VERANTWORTUNG UND GLEICHHEIT

I

„Obliti privatorum publica curate“ – so die Inschrift über dem Tor zum Großen Rat der ehemaligen Republik Ragusa in Dubrovnik: Vergesst private Sorgen, kümmert euch um das öffentliche Wohl!² Solange der Staat sich aus göttlicher Gunst speiste, mochte er sich auf religiöse Botschaften verlassen. Wer dem Fürsten diente, diente dem Allmächtigen; die „res publica“ kannte sich nur als „christiana“.³ Die Aufklärung setzte dann die Bürger als Individuen frei, der Staat zog sich als säkularer auf die Bewältigung weltlicher Anforderungen des Zusammenlebens zurück. Doch sind diese nicht gering. Der moderne Staat soll die Freiheit des Einzelnen zu

¹ Meinem wissenschaftlichen Mitarbeiter beim Bundesverfassungsgericht, Herrn Richter am Landgericht *Dr. Steffen Wesche, M. A.*, danke ich für seine wertvolle Hilfe bei der Abfassung des Manuskripts.

² Wortgleiche Inschriften fanden sich an zwei anderen Stellen (Basel und Oberitalien). Ihre Zuschreibung zu antiken Autoren (*Seneca, Cicero*) ist nicht endgültig geklärt. Vgl. *Nella Lonza, Obliti privatorum publica curate: A Ragusan Political Epigraph and Its Historical Background, Dubrovnik Annals 11 (2007), S. 25 ff.* Die Republik Ragusa bestand als unabhängiger Stadtstaat mit Zentrum Ragusa (heute Dubrovnik) vom 14. Jahrhundert bis 1808, als sie von Napoleon aufgelöst wurde. Die Stadt wurde nach dem Ende des Ersten Weltkrieges offiziell in Dubrovnik umbenannt.

³ Näher vgl. *Böckenförde, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation*, in: *Staat, Gesellschaft, Freiheit: Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht*, 1976, S. 42 <44 f.>.

dessen persönlicher und wirtschaftlicher Entfaltung ebenso schützen wie ihn stützen, wenn er in existenzielle Bedrängnis gerät.

Glücklicherweise ist der Staat nicht der Einzige, der Menschen hilft. Gesellschaftliche Institutionen, von der Familie über Nachbarschaften und Vereine bis zu den Kirchen, bilden Netzwerke der Unterstützung. Umgekehrt stützt sich der Staat auch auf seine Bürger: auf die Steuerzahler, aber auch auf die Zivilgesellschaft, in der sich Bürger in Parteien, Verbänden, Bürgerinitiativen und Schulelternbeiräten engagieren. Das Gemeinwesen lebt vom Engagement seiner Bürger.

//

Dem Thema meines Beitrags möchte ich mich mittels folgender Frage nähern: Unter welchen Bedingungen kann der Staat die ihm zugeordneten Funktionen dauerhaft erfüllen? Dabei sollen zwei Aspekte im Mittelpunkt stehen: die (Re-)Vitalisierung der Demokratie und öffentlichen Meinungsbildung und das Spannungsfeld von Freiheit, Verantwortung und Gleichheit.

1. a) Der Staatsrechtler und frühere Bundesverfassungsrichter *Ernst-Wolfgang Böckenförde* sprach in einem berühmt gewordenen Diktum davon, der freiheitliche, säkularisierte Staat lebe von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren könne.⁴ *Böckenförde* ging davon aus, die gewährte Freiheit müsse sich aus der moralischen Substanz des Einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft regulieren. Beides jedoch – Moral und Homogenität – könne der Staat nicht erzwingen.

⁴ Vgl. *Böckenförde*, a. a. O., <60>.

Mit Letzterem hat *Böckenförde* sicher Recht. Doch gibt es nicht auch einen Nährboden für den Staat jenseits moralischer Homogenität?⁵ Wäre diese Frage zu verneinen, müssten wir dem freiheitlichen Staat eine schlechte Prognose stellen: Eine bunte Vielfalt von Kulturen und Religionen lebt im heutigen Deutschland zusammen. Fragen der Moral, werden sie überhaupt gestellt, erfahren unterschiedlichste Beantwortung. Die integrierende Kraft der großen christlichen Kirchen ist weitgehend geschwunden. Die Anforderungen der globalisierten Wirtschaft an lebenslange Mobilität und Flexibilität unterwandern regionale Einbindung und familiäre Kontinuität.⁶ Wettbewerbliches Streben verdrängt solidarisches Miteinander. Muss der Staat also machtlos mit ansehen, wie seine Voraussetzungen erodieren?

b) Wenn auch der Staat seine Voraussetzungen nicht garantieren kann, so kann er doch Rahmenbedingungen schaffen, unter denen sich ein gelingendes Gemeinwesen eher zu entfalten vermag. Hierin mag man zugleich die zentrale Aufgabe des modernen Staates sehen: Er kann und soll nicht mehr die Details erschöpfend regeln, womit er zugleich die Freiheitsräume des Einzelnen beeinträchtigen würde; er soll vielmehr rechtliche Rahmen aufspannen, innerhalb derer sich durchaus heterogenes Leben autonom zu entfalten vermag.

⁵ Kritisch zu *Böckenförde* auch der Philosoph *Werner Becker*, „Demokratie kann moralisch sein“, *Die Welt* vom 20. März 2007.

⁶ Zu deren Bedeutung unter der *Conditio humana* vgl. *Stürmer*, *Markt und Wettbewerb über alles? Gesellschaft und Recht im Fokus neoliberaler Marktideologie*, 2007, S. 134 ff.